

## Deutsche wollen aktiven Staat

**Eine gerechtere Steuerpolitik und einen flächendeckenden Mindestlohn – das erwartet die Mehrheit der Deutschen von der künftigen Regierungskoalition. Unterstützung für beides gibt es auch von internationalen Organisationen.**

**Koalitionsverhandlungen.** Die Verhandlungen zwischen Union und SPD für eine große Koalition haben begonnen. Laut ZDF-Politbarometer vom 18. Oktober halten 61 Prozent aller Deutschen ein schwarz-rotes Bündnis für am besten geeignet, die anstehenden Probleme in Deutschland zu lösen. Inhaltlich steht die Mehrheit der Befragten dabei hinter den gewerkschaftlichen Forderungen: Für 83 Prozent ist ein flächendeckender Mindestlohn von 8,50 Euro ein Muss, 69 Prozent sprechen sich zudem für einen höheren Spitzensteuersatz aus. Die Deutschen wollen einen aktiven Staat. Das hat auch eine repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag von attac und Campact ergeben. Statt öffentliche Leistungen zu kürzen, will die große Mehrheit der Befragten, 69 Prozent, höhere Steuern auf Vermögen und hohe Einkommen. Selbst 61 Prozent der UnionswählerInnen sind dieser Meinung.

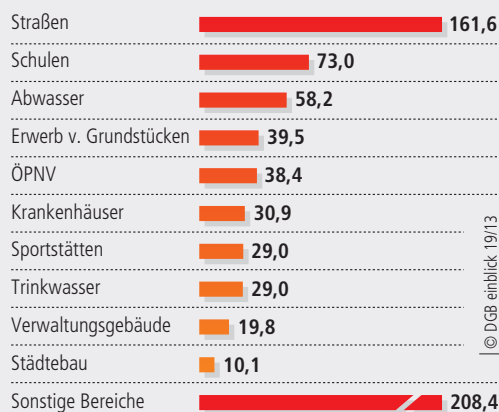
Auch aus Sicht des DGB sind eine gerechtere Besteuerung der Einkommen und Vermögen und ein flächendeckender Mindestlohn unverzichtbar. „Wir erwarten von der neuen Bundesregierung, dass sie eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt durchsetzt“, betont die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack. Die Gewerkschaften fordern von Union und SPD in ihren Koalitionsverhandlungen unter anderem, Arbeitnehmerrechte zu stärken und die finanzielle Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand sicherzustellen (einblick 18/13).

Unterstützung für den Mindestlohn und eine gerechtere Steuerpolitik kommt nun auch von ungewohnter Seite. Die Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hält einen gesetzlichen Mindestlohn hierzulande in Höhe von

8,50 Euro in der Stunde für „ganz vernünftig“, wie OECD-Ökonom Mark Keese gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters erklärte. Und der Internationale Währungsfonds (IWF) sieht Spielraum für höhere Steuern für Spitzenverdiener. Das Potenzial bei den Staatseinnahmen werde derzeit nicht ausgenutzt, heißt es in einer aktuellen IWF-Studie. Es gäbe Möglichkeiten, „mehr Einnahmen an der Spitze der Einkommensverteilung zu erzielen, falls dies gewünscht ist“. Würde Deutschland in der Steuerbelastung mit anderen europäischen Ländern gleichziehen, könnten Mehreinnahmen von rund 80 Milliarden Euro jährlich erreicht werden. Diese Mehreinnahmen werden gebraucht, um dringend erforderliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Energiewende zu finanzieren. ●

### Infrastruktur: 700 Milliarden Euro gesucht

Kommunaler Investitionsbedarf bis 2020 (in Mrd. Euro)



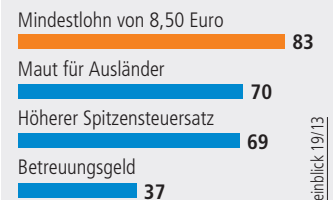
Quellen: BMF, Deutsches Institut für Urbanistik, IMK, DGB

### ● INHALT

- 3 DGB-Index Rente**  
Keine hohen Erwartungen
- 4 Betriebsrätepreis 2013**  
Auszeichnung für Standortsicherung
- 5 Übernahme**  
Klinik-Monopoly mit Folgen
- 7 Internationale Solidarität**  
Ägyptens Weg zur Demokratie

### Deutsche wollen Mindestlohn

Wichtige Themen für Koalitionsverhandlungen aus Sicht der Bevölkerung laut ZDF-Politbarometer vom 18.10.2013 (Anteile in Prozent)



Quelle: ZDF / Forschungsgruppe Wahlen Mannheim

Der Mindestlohn steht nach dem Willen der Bevölkerung ganz oben auf der Agenda für Koalitionsverhandlungen.

Auf rund 700 Milliarden Euro beziffert das Deutsche Institut für Urbanistik den Investitionsbedarf allein in die Infrastruktur der Kommunen bis 2020.

### ● PLUS/MINUS

**- Mit 300 000 Anträgen von ausländischen Fachkräften auf berufliche Anerkennung hatte die Bundesregierung gerechnet. Eingereicht wurden erheblich weniger, anerkannt nur 7500. Obwohl das Gesetz offensichtlich floppt, spricht der CSU-Bundestagsabgeordnete Albert Rupprecht von einem „vollen Erfolg“.**

**+ Für den SPD-Bundestagsabgeordneten Swen Schulz liegt der Fehler beim Gesetz selbst. Die Antragsteller müssten sich durch einen Regelungswust arbeiten, auch fehlten Beratungsansprüche. Es sei „an der Zeit, die nächsten Schritte zu gehen“ und das Gesetz zu reformieren.**

### ● IM NETZ

[www.dgb.de/-/N2b](http://www.dgb.de/-/N2b)

Wie muss eine Steuerpolitik zur gerechten Finanzierung öffentlicher Investitionen aussehen? Der DGB stellt seine Konzepte im Newsletter „Klartext“ vor.

— ● NACHGEFRAGT —

**Dietmar Schäfers, stellvertretender IG BAU-Vorsitzender, hat mit einer Delegation der Internationalen Bau- und Holzarbeitervereinigung die Arbeitsbedingungen von Wanderarbeitern in Katar, dem Austragungsort der Fußball-WM 2022, untersucht.**



Foto: IG BAU

Eine Delegation der Internationalen Bau- und Holzarbeitervereinigung (BWI) informierte sich vor Ort über die Situation der Wanderarbeiter in Katar. Zur Delegation gehörte auch Dietmar Schäfers (4.v.l.)

„Unsere Delegation hat vielerorts bedrückende Lebens- und Arbeitsverhältnisse vorgefunden. Viele der Arbeiter kommen aus Nepal oder Indien. Schleuserbanden haben ihnen im Heimatland hohe Löhne versprochen, von denen in Katar nicht mehr die Rede ist. Ihnen werden die Pässe abgenommen, um sie an der Ausreise zu hindern. Sie werden nachts um halb drei

abgeholt und zu den Baustellen gefahren. Zurück kommen sie erst spät abends. Verpassen sie einen Transport, wird ihnen der Lohn für zwei, drei Tage abgezogen. Es gibt auch Baustellen, auf denen Sicherheitsstandards eingehalten werden. Aber der Großteil der 1,2 Millionen Wanderarbeiter lebt und arbeitet unter menschenunwürdigen Bedingungen. Zehn Personen teilen sich einen Raum, zum Teil ohne Betten. Es herrschen teilweise desolate hygienische Bedingungen. Nepalesische Arbeiter berichteten uns, dass in den vergangenen sechs Jahren zehn ihrer Kollegen gestorben sind, acht an den Folgen der massiven Hitze und zwei bei Unfällen. Wir haben kein Verständnis für das Verhalten der FIFA, die jegliche Verantwortung von sich weist. Wer eine Fußball-WM vergibt und bis ins letzte Detail Rechte und Pflichten vorschreibt, hat auch die Macht, Arbeitsstandards vertraglich festzuschreiben. Solange die FIFA diese nicht durchsetzt, werden wir für menschenwürdige Bedingungen in Katar kämpfen.“ ●

| [www.dgb.de/-/JJS](http://www.dgb.de/-/JJS)

## Europas Sklaven

**Sonderausschuss.** Ein Jahr lang beschäftigte sich ein Sonderausschuss des EU-Parlaments mit der Untersuchung organisierter Kriminalität. Von Sklavenarbeit seien Hunderttausende betroffen, die wirtschaftlichen Schäden liegen in Milliardenhöhe, stellten die Ausschussmitglieder fest. Der stellvertretende GdP-Vorsitzende Jörg Radek erwartet, dass die nationalen Regierungen tätig werden. Auch in Deutschland sieht die Gewerkschaft Defizite bei der Bekämpfung von Menschenhandel, Zwangsprostitution und Sklavenarbeit. Für Radek sind die Ergebnisse der Untersuchung „erschreckend“ und „eine dringende Aufforderung, die nationalen Sicherheitsbehörden zu stärken und eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu ermöglichen“. ●

## Rente plus Sozialhilfe

**Altersarmut.** Die Zahl der Menschen, die von ihrer Rente nicht leben können, nimmt zu. Nach einer aktuellen Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes stieg die Anzahl der über 65-Jährigen, die Sozialhilfe bezogen, um 6,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt sind das 465 000 Personen. Insbesondere Frauen mussten stärker auf die staatliche Unterstützung zurückgreifen. In Westdeutschland waren dies im vergangenen Jahr 3,3 Prozent Frauen und 2,2 Prozent Männer der über 65-Jährigen. In den neuen Ländern, einschließlich Berlin, betraf es 2,1 Prozent Frauen und 1,8 Prozent Männer. Zusätzlich

bezogen 435 000 der über 65-Jährigen die Grundsicherung wegen dauerhafter Erwerbsminderung. Damit bezogen Ende 2012 bundesweit knapp 900 000 Menschen die Leistungen der Grundsicherung im Alter.

Bezogen auf die Einwohnerzahlen sind vor allem die Menschen in den drei Stadtstaaten betroffen. Die meisten Hilfeempfänger leben in Hamburg (6,2 Prozent), in Bremen liegt der Anteil bei 5,5 und in Berlin bei 5,3 Prozent. In Sachsen und Thüringen gibt es die wenigsten Hilfeempfänger. Hier waren im vergangenen Jahr nur ein Prozent der Bevölkerung über 65 Jahre auf die Grundsicherung angewiesen. ●

| [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

## Beiträge werden zweckentfremdet

Knapp 3,4 Milliarden Euro wurden 2012 aus dem Etat der Bundesagentur für Arbeit für andere gesellschaftliche Aufgaben verwendet. So sind die Kosten der Berufsberatung, Aufwendungen für Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) oder Schulabschlüsse für Arbeitslose allein von den Beitragszahlern finanziert worden. Die Ausgaben machen rund zehn Prozent der Gesamtausgaben der Bundesagentur für Arbeit aus.

Immer wieder greift der Bund in das System der Arbeitslosenversicherung ein und

verwendet die Einzahlungen der Beitragszahler für andere gesellschaftliche Aufgaben. So werden zwar Steuerzahler entlastet, gleichzeitig steigt jedoch die Belastung der weitaus kleineren Gruppe der Beitragszahler zur Arbeitslosenversicherung. Wilhelm Adamy, Abteilungsleiter Arbeitsmarktpolitik beim DGB Bundesvorstand, bringt das auf den Punkt: „Sozialbeiträge werden zweckentfremdet, wodurch die mit den Steuerreformen der letzten Jahre verbundene Umverteilung von unten nach oben fortgesetzt wird.“

Anzeige

— ● TELEGRAMM —

**Das Kooperationsverbot in der Bildungspolitik** könnte von einer großen Koalition gekippt werden, ist sich die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack sicher. Es sei Unsinn, den Bund weiter als Geldgeber auszugrenzen. Die Länder sind seit langem mit der Finanzierung von Kitas, Schulen und Hochschulen überfordert. Erforderlich sei eine umfassende Bildungsreform.

**Hände weg von den Sozialkassen** fordert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach von einer neuen Regierung. Die aktuellen hohen Überschüsse sowohl in der gesetzlichen Renten- wie auch in der Krankenversicherung dürften nicht für Vorhaben wie zum Beispiel die geplante Ausweitung der Mütterrente ausgegeben werden.

| [www.dgb.de/-/N2Y](http://www.dgb.de/-/N2Y)

**Erneuerbare Energien** dürfen nicht zum Sündenbock für die belastenden Preissteigerungen gemacht werden, warnt DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. Die Energiewende dürfe nicht gestoppt werden. Vielmehr müsse die neue Bundesregierung schnell das EEG reformieren und eine „Gesamtarchitektur“ für die Energiewende entwickeln.

| [www.dgb.de/-/NHZ](http://www.dgb.de/-/NHZ)

# Keine hohen Erwartungen

Nur 18 Prozent der Beschäftigten rechnen damit, dass ihre Rente im Alter ausreicht. Und die meisten sind nur unzureichend durch eine zusätzliche betriebliche Altersvorsorge abgesichert. Das zeigt die aktuelle Repräsentativumfrage zum DGB-Index Gute Arbeit 2013. Für den DGB steht deshalb die Rentenreform ganz oben auf der Liste der dringlichsten Regierungsaufgaben.

**DGB-Index Gute Arbeit.** „Die neue Regierung muss die Notbremse ziehen und den Absturz des Rentenniveaus stoppen“, fordert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Der DGB hatte mehrfach an die Bundesregierung appelliert, die geplanten Rentenbeitragsenkungen zu stoppen und stattdessen eine solidarische Demografie-Reserve aufzubauen. Die schwarz-gelbe Koalition blieb jedoch bei ihrem Beschluss, die Überschüsse in der Rentenkasse durch niedrigere Beiträge aufzubringen.

Die aktuelle Umfrage des DGB-Index Gute Arbeit zeigt, dass die Menschen der aktuellen Rentenpolitik wenig Vertrauen schenken. 42 Prozent aller Befragten sind sich sicher, dass ihre Rente im Alter nicht zum Leben reichen wird. Mit zusätzlichem Geld aus einer betrieblichen Altersvorsorge kann nur rund ein Drittel der Beschäftigten rechnen. 69 Prozent geben an, dass sie entweder keine (31 Prozent) oder nur in sehr geringem Umfang (38 Prozent) Angebote der Arbeitgeber für eine betriebliche Altersvorsorge wie Betriebsrenten oder finanzielle Beihilfen erhalten.

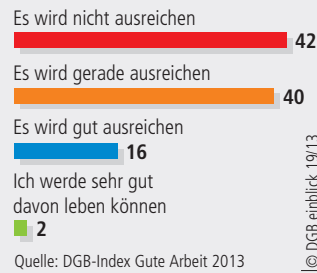
Wer heute in den unteren Einkommensklassen festsetzt, kann kaum mit einem auskömmlichen Rentenbescheid rechnen. Doch selbst bei Einkommen ab 3000

Euro brutto glaubt ein Viertel, dass es später mit dem Ruhegeld nicht auskommt. Auch eine gute Ausbildung sichert keinen komfortablen Lebensabend. Zwar sehen die ArbeitnehmerInnen mit einem Fach- oder Hochschulabschluss optimistischer in Zukunft. Aber auch von ihnen rechnen 28 Prozent damit, dass die Rente nicht reichen wird. Auf der Verliererseite sehen sich vor allem Teilzeitbeschäftigte und Leiharbeitskräfte. Bei den Vollzeitbeschäftigten erklären 37 Prozent, dass ihre Rente „nicht ausreichen“ wird, bei den Teilzeitkräften sind es 54 Prozent, und in der Leiharbeit liegt der Anteil bei 57 Prozent.

Unterteilt nach Branchen gehören die Beschäftigten aus Handel und Gastgewerbe zu denen mit der geringsten Rentenerwartung. Hier rechnet mehr als die

## Kein Auskommen

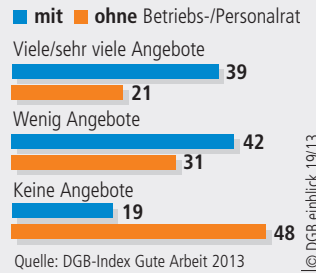
Aussagen von Beschäftigten zur Einschätzung ihrer späteren Rente (Anteile in Prozent)



Rund 5800 abhängig Beschäftigte wurden in der Umfrage des DGB-Index Gute Arbeit nach ihrer Einschätzung zur gesetzlichen Rente befragt.

## Vorteil Betriebsrat

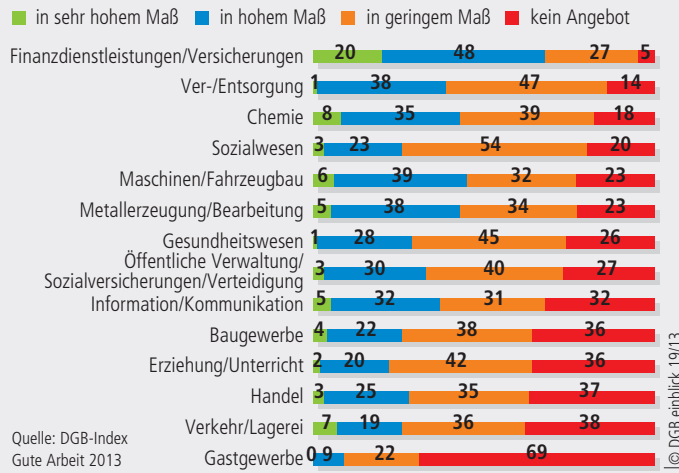
Anteil der Beschäftigten, die über betriebliche Angebote ihre Rente verbessern können (in Prozent)



Ob Betriebsrente, Beihilfen zur Altersvorsorge oder zur Vermögensbildung: Beschäftigte in Unternehmen mit Betriebsrat sind im Vorteil.

## Schlusslicht Gastgewerbe

Anteil der Beschäftigten nach Branchen, deren Arbeitgeber eine zusätzliche Altersvorsorge anbieten (in Prozent)



Wer schon mit wenig Rente rechnet, hat oft auch keine Chance, über den Arbeitgeber seine Zukunft besser abzusichern.

Hälfte nicht damit, mit der gesetzlichen Altersvorsorge auszukommen. Sie gehören auch zu der Gruppe, die gar nicht oder nur selten von ihren Arbeitgebern unterstützt werden, um eine weitere Vorsorge aufzubauen. Der DGB erwartet von der neuen Bundesregierung einen raschen Kurswechsel. Annelie Buntenbach: „Die neue Wahlperiode ist von zentraler Bedeutung für die Zukunft der Rente.“ Wenn die in Zukunft ohnehin anstehende Beitragsanhebung jetzt in kleinen, paritätischen Schritten vorgezogen werde, könne zumindest das heutige Rentenniveau auf lange Sicht finanziert und die Erwerbsminderungsrente armutsfest gemacht werden. Wenn sich in den kommenden vier Jahren nichts ändere, gerate das „gesamte Rentensystem auf lange Sicht in eine folgenschwere Krise“.

## MEHR ZUM THEMA

### Stabile Rente hat Vorrang

Die Mehrheit der Deutschen unterstützt die Forderung des DGB, auf eine Senkung des Rentenbeitrags zu verzichten. Das ergab eine Forsa-Umfrage im Auftrag des DGB vom August diesen Jahres. 84 Prozent der Befragten sprachen sich gegen die Absenkung des Rentenbeitrags aus (einblick 15/2013). Gegenüber einer früheren Befragung erhöhte sich der Anteil der Gegner der Absenkung noch einmal um vier Prozent. Die Ablehnung gilt unabhängig von der Parteipräferenz der Befragten. Auch Altersunterschiede und Bildungsgrad haben keinen Einfluss auf die ablehnende Haltung. Die BürgerInnen favorisieren den DGB-Vorschlag mit großer Mehrheit, nach dem die Überschüsse in der Rentenkasse verbleiben. Kurzfristige Beitragsenkungen vermindern den Spielraum zur Stabilisierung künftiger Renten, warnt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach.

## IM NETZ

[www.dgb.de/-/NCd](http://www.dgb.de/-/NCd)  
[www.dgb.de/-/JLB](http://www.dgb.de/-/JLB)

Anzeige

**ACE** Auto Club Europa  
**Mobilität ist kein Privileg für Reiche!**  
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.



# Betriebsräte als Krisenmanager

**Betriebsrätepreis.** Für sein Projekt „Papierpark Zanders: Proaktive Standort- und Beschäftigungssicherung“ wurde der Betriebsrat der Metsä Board Zanders GmbH mit dem Deutschen Betriebsräte-Preis (DBRP) 2013 in Gold ausgezeichnet. Nachdem die Konzernleitung 2011 bekannt gegeben hatte, die Papierproduktion in Bergisch Gladbach einzustellen, regte der Betriebsrat an, einen „Papierpark“ zu gründen, in dem sich mehrere Firmen die Infrastruktur – wie Kraftwerk, Maschinen und Kläranlage – teilen. So verhinderte er das Aus des ehemaligen Familienunternehmens. „Es ist dem kreativen Krisenmanagement des Betriebsrates zu verdanken, dass heute immer noch 500 Menschen in der Papierfabrik beschäftigt sind“, betonte Reiner Hoffmann, Landesbezirksleiter der IG BCE Nordrhein und ab Februar 2014 Mitglied im DGB-Bundesvorstand, in seiner Laudatio. Den DBRP in Silber erhielt der Gesamtbetriebsrat der Finanz Informatik GmbH aus Frankfurt für seinen innovativen Tarifsozialplan „Ein neuer Weg!“.

Die Bronze-Auszeichnung ging an den Betriebsrat der Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH, Duisburg, der sich in besonderem Maße für die Gleich-



**Reiner Hoffmann (rechts), IG BCE-Bezirksvorsitzender Nordrhein,** überreicht den Betriebsräte-Preis an Frank Eschenauer (2. von rechts), Betriebsratsvorsitzender von Metsä Board Zanders. Der Betriebsrat wurde für sein Projekt „Papierpark Zanders“ ausgezeichnet.

stellung von Frauen, MigrantInnen, Schwerbehinderten und älteren MitarbeiterInnen einsetzt. Mit dem Publikumspreis, der in diesem Jahr zum ersten Mal vergeben wurde, wurden die Betriebsräte der CineStar-Kinos in Bamberg und Mainz mit ihrem Projekt „Aufbau von Betriebsratsstrukturen in atypischen Beschäftigungssituationen“ ausgezeichnet. Weitere Sonderpreise wurden in den Kategorien „Beschäftigungssicherung“, „Europa mitbestimmen“, „Gute Arbeit“ und „Innovative BR-Arbeit“ verliehen. Der DBRP ist eine Initiative der Fachzeitschrift *Arbeitsrecht im Betrieb* und wurde zum fünften Mal vergeben. ●

www.deutscherbetriebsraete-preis.de

## Zukunft des Gastgewerbes

**Studie.** Setzen sich die aktuellen Trends fort, könnte 2017 über die Hälfte der Beschäftigten im Gastgewerbe geringfügig beschäftigt sein. Nur rund ein Drittel wäre dann noch sozialversicherungspflichtig in Vollzeit tätig. Das ist ein Ergebnis der Studie „Die Zukunft des Gastgewerbes“ der Hans-Böckler-Stiftung. Schon jetzt ist die beschäftigungsintensive Branche mit zwei Millionen Beschäftigten geprägt von einem hohen Niedriglohnanteil, vielen Minijobs und befristeten Arbeitsverträgen. Rund 30 Prozent der Beschäftigten im Gastgewerbe arbeiten zu Niedriglöhnen, obwohl sie Vollzeit arbeiten. Knapp neun Prozent müssen „aufstocken“. Abhilfe kann nur ein gesetzlicher Mindestlohn schaffen, denn weniger als 40 Prozent der Beschäftigten sind noch durch Tarifverträge geschützt. ●

www.bit.ly/Gast2013

## Kritischer Journalismus ausgezeichnet

Michael Obert erhält den „Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus“ für seine Reportage „Im Reich des Todes“ (*Süddeutsche Zeitung Magazin*, 19. Juli). Darin beleuchtet er ein grausames, aber weitgehend unbeachtetes Netzwerk des Menschenhandels auf der Sinai-Halbinsel. Obert zeigt, wie kriminelle Gewalt, Armut, Weltpolitik und Rassismus gegen schwarze Flüchtlinge zusammenhängen. Der 2. Preis geht an John Kan-

tara und Michael Fräntze für ihre ARD-Dokumentation „Töten per Joystick“ (22. Juli) über die Kriegsführung mit Drohnen. Mit dem 3. Preis werden Marc Brost, Mark Schieritz und Wolfgang Uchatius für ihren Artikel „Verrechnet“ (*Die Zeit*, 27. Juni) ausgezeichnet. Sie erzählen, wie eine ökonomische Studie zur Blaupause für die Eurokrisenpolitik wurde – bis ein Student die Rechenfehler aufdeckte.

www.otto-brenner-preis.de

## Inklusion ohne Grenzen

**Tagung.** Wie ist es im zusammenwachsenden Europa um die grenzüberschreitende Mobilität von Menschen mit Behinderung bestellt? Diese Frage steht im Mittelpunkt der Tagung „Inklusion grenzüber-

schreitend leben“ vom DGB und Arbeit und Leben Sachsen am 30. November. Am Beispiel der Europastadt Görlitz wird beleuchtet, ob und inwiefern eine barrierefreie Mobilität für ArbeitnehmerInnen im Dreiländereck Deutschland – Tschechien – Polen gegeben ist. ●

www.sachsen.dgb.de/-/NHP

## ● INTERREGIO

Der **DGB NRW** und die Hans-Böckler-Stiftung laden zum **Kongress „Gute Arbeit und ökologischer Wandel“** am 26. November in Düsseldorf ein. Diskutiert wird, wie sich ökologischer Wandel mit guter Arbeit und sozialer Gerechtigkeit verbinden lässt. Die Veranstaltung greift die Fragestellung des Berliner Transformationskongresses von Gewerkschaften, Naturschutzverbänden und kirchlichen Organisationen vom Juni 2012 auf und führt den Prozess fort.

www.nachhaltige-arbeit.de

Der **DGB Hessen-Thüringen** fordert von Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) ein Ende der Verzögerungstaktik beim **Bildungsfreistellungsgesetz**. Der von Bildungsminister Christoph Matschie (SPD) vorgelegte Gesetzentwurf könnte schon längst umgesetzt sein. Darin ist das Recht auf fünf Tage Weiterbildung im Jahr festgeschrieben. „Was in anderen Bundesländern geht, muss auch in Thüringen möglich sein“, betont Stefan Körzell, DGB-Bezirksvorsitzender.

Der **DGB Bayern** begrüßt die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes (BAG) zu **Werkverträgen**. Ein Beschäftigter, der zehn Werkverträge für den Freistaat Bayern erfüllte, bekam Recht. Laut BAG bestand ein Arbeitsverhältnis, da er täglich an einem zur Verfügung gestellten Arbeitsplatz tätig war. Matthias Jena, DGB-Bezirksvorsitzender, kritisiert, dass der Freistaat als Arbeitgeber Werkverträge einsetzt.

Die neue Bundesregierung muss das **Einbürgerungsrecht** vereinfachen, fordert der **DGB Baden-Württemberg**. Gabriele Frenzer-Wolf, stellvertretende DGB-Bezirksvorsitzende, begrüßt die neue Einbürgerungskampagne des Landes Baden-Württemberg. Sie appelliert an Migrantinnen, die Chance zu nutzen. Die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit biete neue Möglichkeiten demokratischer Teilhabe.

Anzeige

**ACE** Auto Club Europa

**Stark für die Schwachen im Verkehr.**

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

# Klinik-Monopoly mit Folgen

**Der Krankenhauskonzern Fresenius-Helios hat der Rhön Klinikum AG 43 Krankenhäuser und weitere Einrichtungen abgekauft. ver.di und Betriebsräte warnen vor schlechteren Bedingungen für Beschäftigte und PatientInnen.**

**Krankenkonzern.** 3,07 Milliarden Euro investiert die Fresenius-Tochtergesellschaft Helios in den Kauf. Damit steigt der Konzern mit dann insgesamt 117 Kliniken, 28 500 Betten und 73 000 Beschäftigten zum größten privaten Krankenhausbetreiber in Europa auf. Der Deal soll über Schulden finanziert werden. Auch wenn das Bundeskartellamt der Übernahme noch zustimmen muss, kritisieren ver.di und der Konzernbetriebsrat der Rhön Klinikum AG das Vorgehen. ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler befürchtet, dass der Preis vornehmlich von den Beschäftigten erwirtschaftet werden muss: „Das bedeutet eine höhere Arbeitsverdichtung und mehr Druck auf Löhne.“

Im letztem Jahr war eine Übernahme noch am Widerstand des Krankenhaus-Konkurrenten Asklepios und dem Produzenten von Medizinbedarf B. Braun gescheitert. Beide Konzerne kauften jeweils fünf Prozent der Rhön-Aktien und verhinderten mit ihrer Sperrminorität eine Übernahme. Hinter verschlossenen Türen haben die Konzernspitzen von Helios und Rhön sich nun auf den Kauf von 43 Kliniken geeinigt. Anders als bei einer kompletten Übernahme ist der Klinik-Kauf ohne Zustimmung der Aktionäre möglich. Die Rhön-Anteilseigner sollen mit insgesamt zwei Milliarden Euro belohnt werden. Die Aufsichtsräte haben die Transaktion bereits genehmigt. „In Zukunft wird die Mehrheit der Menschen in Deutschland binnen einer Stunde eine Helios Klinik erreichen können“, kündigt der neue Marktführer an.

Sylvia Bühler warnt vor der drohenden Monopolstellung, die Helios einnehmen will. Übernahmen und Privatisierungen sorgen für immer größere Wettbewerbsverzerrungen auf dem Krankenhaus-Markt. Die mit diesem Deal fortschreitende Unternehmenskonzentration bedroht die gemeinnützigen Träger. So könnten die privaten Marktriesen ihren „Größenvorteil bei Verhandlungen mit den Krankenkassen oder bei Patientenlenkungen in den eigenen Konzern ausspielen“, erklärt Bühler.

Der Rhön-Konzernbetriebsrat (KBR) bemängelt, dass die Mitbestimmung komplett umgangen worden ist. Scharf kritisieren die Betriebsräte, dass es keine Vorkehrungen gibt, um die rund 44 000 Rhön-Arbeitsplätze in Zukunft zu schützen. Weder für die 30 000 zu Helios wechselnden noch für die in der Rhön-Gesellschaft verbleibenden 14 000 Beschäftigten gebe es Regeln. Der KBR hat Helios und Rhön aufgefordert, umgehend Verhandlungen mit ver.di

aufzunehmen, um Beschäftigte und Standorte per Tarifvertrag zu schützen. Betriebsbedingte Kündigungen müssten ausgeschlossen werden. Geltende Tarifverträge dürften nicht durch „gesellschaftsrechtliche Tricks“ ausgehebelt werden, fordert der KBR. Dieser Forderung hat sich auch die Helios-Tarifkommission von ver.di angeschlossen.

In einer Sitzung der Tarifkommission berichteten Helios-Beschäftigte bereits von ersten Vorboten eines rigiden Sparkurses auf Kosten von ArbeitnehmerInnen

## Privater Marktführer

Anzahl von Kliniken, stationären Betten und MitarbeiterInnen sowie der Umsatz (in Milliarden Euro) von Fresenius-Helios und der Rhön Klinikum AG

### Vor dem Kauf

	Kliniken	Betten	MitarbeiterInnen	Umsatz
Rhön Klinikum AG	54	16 000	44 000	2,6
Fresenius-Helios	74	18 500	43 000	2,5

### Nach dem Kauf

Fresenius-Helios	117	28 500	73 000	5,5*
Rhön Klinikum AG	11	6000	14 000	k. A.

\* Umsatzerwartung für 2013; Quelle: ver.di/eigene Berechnung 2013

© DGB einblick 19/13

Die Fresenius-Tochtergesellschaft Helios wird Marktführer unter den privaten Krankenhausträgern.

und PatientInnen. Demnach häufen sich Kündigungen während der Probezeit. Es würden mehr krankheitsbedingte Kündigungen ausgesprochen, befristete Arbeitsverträge nicht verlängert. Freie Stellen bleiben unbesetzt. In einem Fall sei gar die Personaldecke einer Intensivstation reduziert worden. ArbeitnehmerInnen vieler Kliniken berichten von „Maßnahmenkatalogen“, in denen Instandhaltungen gestoppt werden.

Auch die PatientInnen bleiben von Sparmaßnahmen nicht verschont. So werden in vielen Einrichtungen Pflegekräfte eingespart. Statt examinierter Fachkräfte kümmern sich angelernte Beschäftigte um die PatientInnen. ver.di-Experte Uwe Ostendorff warnt vor weiteren Einsparungen beim Personal: „Der Druck auf die Beschäftigten ist bereits sehr hoch. Massive Arbeitsverdichtung, Stress und noch mehr Verantwortung für immer weniger examinierte Pflegekräfte gefährden das Wohl der Patienten.“

Ostendorff verweist auf Ausgliederungen, die Helios in dem 2001 gekauften Klinikum Berlin-Buch durchführte. Alle in der Therapie tätigen Berufsgruppen, wie PhysiotherapeutInnen oder PsychotherapeutInnen, sind in eine eigene Gesellschaft ausgelagert worden. Die Folge: Mehr Arbeit, Stress und Druck zu schlechteren Bedingungen. Für Ende Oktober haben die Arbeitgeber nun einem Treffen mit den Betriebsräten und ver.di zugestimmt. ●

## Personalmangel in Kliniken

**Protest.** Mit einer Aktion vor dem Reichstag und der CDU-Bundesgeschäftsstelle haben Anfang Oktober ver.di und Krankenhausbeschäftigte auf den dramatischen Personalmangel aufmerksam gemacht. Nach Erhebungen von ver.di fehlen in Krankenhäusern bundesweit insgesamt 162 000 Vollzeitstellen. Allein im Pflegebereich der Einrichtungen gibt es dringenden Bedarf von rund 70 000 Stellen. Zusätzlich seien 92 000 Stellen in den Bereichen ärztlicher Dienst, Funktionsdienste, medizinisch-technischer Dienst und in Verwaltung und Service erforderlich. Besonders Nachtdienste sind knapp besetzt. So müsste eine examinierte Krankenschwester gemeinsam mit einer Hilfskraft bis zu 70 PatientInnen versorgen.

Auch bei der Reinigung macht sich der Mangel bemerkbar. Reinigungskräften blieben im Durchschnitt nur drei Minuten pro Zimmer. ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler fordert: „Die neue Bundesregierung muss, egal wie sie aussieht, mit gesetzlichen Regelungen sicherstellen, dass in den Krankenhäusern ausreichend Personal vorhanden ist.“ Maßstab müsse wieder das Wohlergehen der PatientInnen sein. „Der Wettbewerbsdruck bei den Krankenhäusern, der ausschließlich auf Kosteneinsparung setzt und dabei das Patientenwohl vernachlässigt, ist ein Irrweg.“ PatientInnen und Beschäftigte bräuchten dringend eine gesetzliche Personalbemessung, fordert Sylvia Bühler. ●

## IM NETZ

[www.gesundheit-soziales-verdi.de](http://www.gesundheit-soziales-verdi.de)

Die ver.di-Homepage für das Gesundheitswesen

[www.der-druck-muss-raus.de](http://www.der-druck-muss-raus.de)

ver.di-Kampagne für bessere Arbeitsbedingungen im Krankenhaus

— • KURZ & BÜNDIG —

**IG Metall** Die IG Metall will mit dem kostenlosen Ratgeber „Mobiles Arbeiten und Desk-Sharing“ Beschäftigte unterstützen, die keinen festen Arbeitsplatz haben. [www.bit.ly/igm\\_mobil](http://www.bit.ly/igm_mobil)

**IG Metall** Die IG Metall hat die große Verbreitung von Werkverträgen in der Wertindustrie kritisiert. „Mit einem Anteil von 30 Prozent haben Werkverträge einen erschreckend hohen Anteil an der Gesamtbeschäftigung“, warnt IG Metall-Bezirksleiter Küste, Meinhard Geiken.

**EVG** Die EVG hat angekündigt, ab dem kommenden Jahr wieder Tarifverträge für Lokführer abschließen zu wollen. Ab 1. Juli fallen die Beschränkungen, die der EVG durch den Grundlagentarifvertrag auferlegt wurden. Ab der zweiten Jahreshälfte 2014 werde die EVG wieder die Interessen der Lokführer vertreten, kündigte der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner an.

**GdP** Die GdP fordert, PolizeibeamtInnen besser auf den Umgang mit Tatverdächtigen und Opfern, die 60 Jahre und älter sind, vorzubereiten. Täter oder Opfer im Seniorenalter seien nach Straftaten oft hilflos oder emotional angegriffen. Die GdP plädiert zudem dafür, dass Gerichte die Lebenssituation von älteren Straftätern besser berücksichtigen.

**ver di** Schnelle und mobile Antworten rund um das Thema Ausbildung – eine App der ver.di-Jugend liefert ab sofort nützliche Tipps und Tricks. Von Abmahnung bis Zeugnis werden alle relevanten Begriffe in einem Glossar erläutert. Die App gibt es unter dem Titel „Ausbildung von A bis Z“ im iTunes-Store.

**NGG** Der Personalvorschlag für den künftigen NGG-Vorstand ist nun komplett. Burkhard Siebert wird auf dem 16. Ordentlichen NGG-Gewerkschaftstag (11.-14. November) als stellvertretender Vorsitzender kandidieren. Das hat der NGG-Hauptvorstand einstimmig beschlossen. Als neue Vorsitzende stellt sich die bisherige Vize Michaela Rosenberger zur Wahl. Der zweite stellvertretende NGG-Vorsitzende Claus-Harald Güster tritt zur Wiederwahl an.

## Zoll verstärken

**Mindestlohnkontrolle.** ver.di und die IG BAU fordern massive personelle Verstärkung für den Zoll. „Wer

Regeln aufstellt, muss dafür sorgen, dass sie eingehalten werden. Das gilt auch beim Mindestlohn“, erklärt der IG BAU-Vorsitzende Robert Feiger. Die vakanten Stellen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit müssten schnellstens besetzt werden. „Sowohl die Einhaltung der für allgemeinverbindlich erklärten Mindestlöhne

als auch eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns müssen effizient überwacht werden“, bekräftigt

ver.di-Vorstandsmitglied Achim Meerkamp. Dafür müssten die Zollbehörden personell deutlich aufgestockt werden. Die aktuell rund 6000 Stellen reichen nicht aus. Bereits jetzt würden 1200 BeamtInnen fehlen, um Kontrollen im erforderlichen Umfang durchführen zu können. „Sollte künftig ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn überwacht werden müssen, steigt der Personalbedarf um weitere 2000 Stellen an“, erklärt Meerkamp. ●



Foto: MEV Verlag

## Sozial-orientierte Innovationen für Europa

Die europäische Innovationspolitik muss sich stärker als bisher an sozialen und ökologischen Kriterien orientieren. Der DGB unterstützt den Ansatz, dass die EU sich stärker auf soziale Innovationen und die Lösung gesellschaftlicher Probleme ausrichten will. Es gebe ein „riesiges Potenzial für umweltschonende

Verfahren, neue Produkte und Dienstleistungen, bessere Organisationsabläufe und gute Arbeit und damit für den sozial-ökologischen Wandel, den wir dringend brauchen“, betont DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel.

Eine solche Politik sei aber nur „erfolgreich, wenn man die Sozi-

alpartner einbezieht“, appelliert Hexel an die europäischen Staats- und Regierungschefs, die das Thema auf der Sitzung des Europäischen Rats diskutieren. Hexel: „Wir fordern gleichzeitig im Rahmen der Innovationsunion auch die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen besonders zu fördern.“

## Betriebsratsgründung erleichtern

**IG BCE-Kongress.** Die IG BCE will eine Mitbestimmungsoffensive starten. Das hat der wieder gewählte Vorsitzende Michael Vassiliadis in Hannover angekündigt (s. Seite 8). Politik und Arbeitgeber müssten ihren Bekenntnissen zur sozialen Marktwirtschaft und zur wichtigen Rolle von Betriebsräten und Gewerkschaften Taten folgen lassen. Es gehe darum, die Gründung von Betriebsräten zu erleichtern. „Wir wollen, dass künftig die Gründung von Betriebsräten schnell und ohne überflüssige Hürden möglich ist – gerade in Betrieben, in denen Arbeitgeber auf Zeit spielen und versuchen, uns auszubremsen“, erklärte Vassiliadis. Wie sozial die Marktwirtschaft sei, entscheide sich auf dem Arbeitsmarkt, so der IG BCE-Vorsitzende. Es gelte, wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen. Notwendig seien unter anderem der Mindestlohn und die Begrenzung flexibler Beschäftigung auf ihre eigentliche Bestimmung. ●

## — • NACHGEFRAGT —

**Anlässlich ihrer 7. Wissenschaftskonferenz hat die GEW den Köpenicker Appell für den „Traumjob Wissenschaft“ verabschiedet. Andreas Keller, stellvertretender GEW-Vorsitzender und Leiter des Organisationsbereichs Hochschule und Forschung, erläutert die zentralen Forderungen.**



Foto: GEW/Kay Herschelmann

„Die wichtigsten Punkte, um die sich die Politik jetzt kümmern muss, sind die Zeitverträge und die Vergabepolitik. Von den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind 90 Prozent befristet beschäftigt, mehrheitlich mit einer Laufzeit von unter einem Jahr. Das macht die Berufsweg in der Wissenschaft völlig unberechenbar. Wir haben mit dem Köpenicker Appell ein 100-Tage-Programm für die neue Bundes-

regierung formuliert. Der Bund muss zum einen dringend das Wissenschaftszeitvertragsgesetz überarbeiten. Er muss sich zum anderen fragen lassen, ob ihm egal ist, welche Beschäftigungsbedingungen in von ihm finanzierten Hochschulen und Forschungseinrichtungen herrschen. Der gesamte außeruniversitäre Forschungsbereich weigert sich, einem Arbeitgeberverband beizutreten. Damit gelten für Forscherinnen und Forscher auch keine Tarifverträge. Außerdem treten wir für den Grundsatz ein: Stelle vor Stipendium! Wenn Stipendiaten in ihrer Einrichtung wie Arbeitnehmer tätig sind, müssen sie sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden.

Wir sehen, dass wir mit unserer Kampagne für den ‚Traumjob Wissenschaft‘, die 2010 mit dem Templiner Manifest anging, den Nerv getroffen haben. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind aufgewacht, engagieren und organisieren sich in der GEW. Hinzu kommt: Auch Bund und Länder leugnen die Probleme nicht mehr – wir streiten uns nur noch über den Weg, der zum ‚Traumjob Wissenschaft‘ führt.“ ●

[www.gew.de/Koepenicker\\_Appell.html](http://www.gew.de/Koepenicker_Appell.html)



# Ägyptens Weg zur Demokratie

*Seit einigen Monaten ist Ägypten wieder täglich in den Schlagzeilen. Peter Senft, Sozialreferent der Deutschen Botschaft in Kairo, sieht noch zahlreiche ungelöste Probleme in dem Land.*

**Internationale Solidarität.** Zurzeit gibt es täglich Demonstrationen mit Gewaltausbrüchen. Die alten Kräfte festigen ihre Positionen, die sie im Hintergrund nie aufgegeben hatten. Die Aufbauarbeit der Gewerkschaften ist zermürend und noch lange nicht abgeschlossen. Sie beginnen nun mit zaghaften Versuchen, in einem ihnen feindlich gesonnenen Umfeld den sozialen Dialog zu entwickeln. Für die säkularen Parteien wird es Zeit, sich zusammenzuschließen,

**„In Ägypten gibt es drei Machtblöcke: das Militär, das als Staat im Staate 40 Prozent der Wirtschaftsmacht kontrolliert; die Oligarchie der „Familien“ und die Bürokratie.“**

um ein liberales und säkulares Gegengewicht gegen die Muslimbruderschaft (MB) und die Salafisten zu schaffen.

Am 25. Januar 2011 sprang der Funke des Arabischen Frühlings auf Ägypten über. Junge, gut ausgebildete Ägypter und unzufriedene, bürgerliche Kräfte stürzten 18 Tage später den Diktator Husni Mubarak. Seit 2004 organisierten Arbeiteraktivisten betrieblichen Widerstand gegen harte Arbeitsbedingungen, Hungerlöhne und Willkür von Militär und Polizei. Diese Arbeiteraktionen in den Industrieorten des Nildeltas, am Suezkanal und Kairo waren die Vorstufe zum Januar 2011. Beide Strömungen hatten jedoch kein gemeinsames Konzept.

Sechs Wochen nach der Revolution stieß die MB in dieses Vakuum. Zwei Jahrzehnte hat sie in den Armenvierteln Lebensmittel verteilt, den Kindern eine Grundschulbildung ermöglicht und Wohnraum geschaffen. Dabei hat sie darauf geachtet, dass diese Sozialarbeit mit den Moscheen in Verbindung gebracht wurde. Wie sie zeigte, eine gute Investition für die Wahlen.

Bei den Präsidentschaftswahlen setzte sich Mohammed Mursi, der Kandidat der MB, durch. Die Wahlen waren für ein Schwellenland auf einem hohen Niveau; die Wahlergebnisse wurden akzeptiert, und Präsident Mursi trat sein Amt am 30. Juni 2012 an. Er schaffte es aber nicht, zum Präsidenten aller Ägypter zu werden. Obwohl er das Militär zurück in die Kasernen schickte, außenpolitische Meriten mit dem Waffenstillstand zwischen Israel und Gaza erwarb und sich so die USA zum Partner machte.

Die muslimisch geprägte Verfassung vom November 2012 war Ausdruck der Unfähigkeit der säkularen Parteien, der Mehrheit der muslimischen Parteien

in Parlament und Verfassungskonvent eine liberale Alternative gegenüber zu stellen. Unfähig, sich in der Opposition zusammenzuschließen, verließ eine säkulare Partei nach der anderen den Verfassungskonvent, ohne eine außerparlamentarische Alternative zu entwickeln.

In Ägypten gibt es drei Machtblöcke: das Militär, das als Staat im Staate 40 Prozent der Wirtschaftsmacht kontrolliert; die Oligarchie der „Familien“ und die Bürokratie. In diese drei Blöcke kam die MB nicht hinein. Sie bekämpften die MB mit Investitionszurückhaltung, Verknappung von Benzin und Stromausfällen. So wurde der Unmut der Massen geschürt. Durch Inflation und Arbeitslosigkeit verschärfte sich die wirtschaftliche Lage, und der Protest gegen Mursi wurde auf die Straße getragen. Da das Parlament seit Oktober 2012 aufgelöst ist und im Verfassungskonvent keine Opposition mehr aktiv war, gab es keine gewählte Institution, um gegen die Regierung zu demonstrieren. Der verständliche Unmut wurde durch Kreise des Militärs und der Oligarchie für ihre Interessen genutzt, und es kam zu blutigen Auseinandersetzungen, fast zum Bürgerkrieg.

Die Absetzung von Präsident Mursi durch das Militär, die Einsetzung des Übergangspräsidenten Adli Mansour, dem bis dahin höchsten Richter, und die Ernennung einer Übergangsregierung durch ihn waren geschickte Schachzüge. Damit waren Militär und Oligarchie wieder an der Macht. Die Rebellionsbewegung hatte ihre Schuldigkeit getan und wurde an den

**„Der Weg in die Demokratie in Ägypten ist noch hart und steinig.“**

Rand gedrängt. Im Ausnahmezustand, der weiterhin anhält, konnte man die Führung der MB einsperren. Sie und ihre über zehn Millionen WählerInnen ließen sich aber nicht mundtot machen.

Der Rat der 50, eine vom Übergangspräsidenten eingesetzte Verfassungskommission, soll bis November einen Verfassungsvorschlag vorlegen, der nach einer vierwöchigen Beratung im ganzen Land zu einem Referendum führen soll. Im Rat der 50 fehlen die Jugendlichen vom Januar 2011 und die Vertreter der neuen, demokratischen Gewerkschaftsbewegung. Bei Mursi hat das Ausland, auch Deutschland, vergeblich die Einbeziehung aller politischen Gruppen gefordert. Die jetzt mit Hilfe des Militärs Regierenden setzen diese Politik der Ausgrenzung fort. Bisher haben die Salonpolitiker die Jugendlichen und Gewerkschafter allein gelassen. Der Weg in die Demokratie ist in Ägypten noch hart und steinig. ●



Foto: einblick/Graef

*Peter Senft, 64, Bankkaufmann, Jurist und lange Zeit IG Metall-Sekretär, ist seit November 2011 Sozialreferent an der Deutschen Botschaft in Kairo (Ägypten), seit Januar 2013 auch an der Botschaft in Tunis (Tunesien). Zuvor war er im Sekretariat des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB) in Brüssel tätig.*

## Neue Gruppe

**IGB.** Gewerkschafter aus 17 arabischen Ländern haben sich zusammengetan, um im Rahmen des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) eine regionale Sub-Organisation zu bilden. Die demokratisch orientierten Gewerkschaften haben eine wichtige Rolle in den politischen Umbrüchen in der arabischen Welt gespielt. Sie wollen nun enger zusammenarbeiten, um sich gemeinsam für Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte einzusetzen und einen sozialen Dialog zu führen. So wollen sie die demokratischen und progressiven Kräfte in ihren Ländern stärken. Die neue Regionalgruppe wird auf dem IGB-Kongress in Berlin im Mai 2014 offiziell eingesetzt. Interimspräsident ist Houcine Abbassi, Generalsekretär der tunesischen UGTT. ●

Anzeige



**Vereinsmitglied statt Shareholder.**

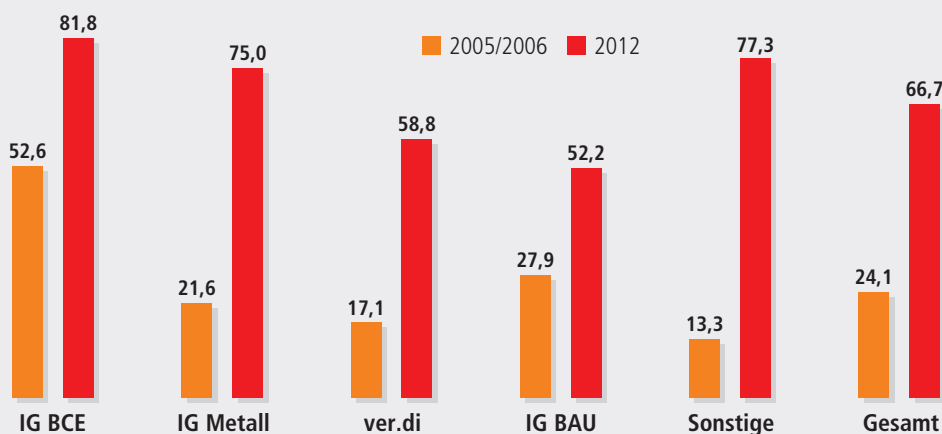
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

● DIE DGB-GRAFIK

Die Sozialpartnerschaft wird von VertreterInnen der Arbeitgeberverbände heute deutlich positiver bewertet als noch vor sieben Jahren. Das zeigt eine aktuelle Analyse des WSI. Die Wissenschaftler bescheinigen der Sozialpartnerschaft eine „erstaunliche Renaissance“. So sahen 2005/2006 im Organisationsbereich von ver.di gerade einmal 17,1 Prozent der VerbandsvertreterInnen die Sozialpartnerschaft positiv. 2012 waren es 58,8 Prozent. Ein Grund: die konsensorientierte und erfolgreiche Krisenpolitik der Gewerkschaften.

**Sozialpartnerschaft: Arbeitgeberverbände schätzen Zusammenarbeit**

Anteil der GeschäftsführerInnen\* von Arbeitgeberverbänden nach gewerkschaftlichen Organisationsbereichen, die der Aussage „Die deutsche Sozialpartnerschaft ist ein Vorteil im internationalen Wettbewerb“ zustimmen (in Prozent)



\* 2005/2006 wurden insgesamt 174 GeschäftsführerInnen befragt, 2012 insgesamt 114.  
Quelle: „Wirtschaftsverbände in Deutschland 2005/2006; 2012 / WSI-Mitteilungen 7/2013

© DGB einblick 19/13

● PERSONALIEN

**Michael Vassiliadis**, 49, ist auf dem 5. Ordentlichen Kongress der IG Bergbau, Chemie, Energie als Vorsitzender der IG BCE im Amt bestätigt worden. Er wurde mit 99,2 Prozent der gültigen Stimmen gewählt. Damit hat Vassiliadis sein Wahlergebnis von 2009 (97,1 %) noch einmal übertroffen. Zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden wurde **Edeltraud Glänzer**, 57, mit 97,7 Prozent gewählt. Glänzer gehört seit 2005 dem geschäftsführenden Hauptvorstand an und ist unter anderem für Mitglieder, Zielgruppen und Bildung zustän-

dig. Ihr Vorgänger als stellvertretender IG BCE-Vorsitzender, **Ulrich Freese**, 62, gerade für die SPD in den Bundestag gewählt, kandidierte nach 14 Jahren im Vorstand nicht mehr. **Peter Hausmann**, 59 (92,7 %), und **Egbert Biermann**, 59 (77,6 %), wurden als Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG BCE wiedergewählt. Neu im geschäftsführenden Hauptvorstand ist **Ralf Sikorski**, 52, bisher Landesbezirksleiter der IG BCE Rheinland-Pfalz/Saarland. Sikorski erhielt 94 Prozent der Stimmen.

**Norbert Kluge**, 58, ist seit Anfang Oktober neuer Leiter der Abteilung Mitbestimmungsförderung bei der Hans-Böckler-Stiftung. Zuletzt koordinierte er die Betriebsratsarbeit beim Edelstahlhersteller Outokumpu Nirosta, davor die Arbeit des Eurobetriebsrates von ThyssenKrupp. Zuvor war Kluge beim Europäischen Gewerkschaftsinstitut (ETUI) in Brüssel und bei der Hans-Böckler-Stiftung beschäftigt. Unter anderem leitete er Mitte der 1990er Jahre das wissenschaftliche Sekretariat der „Kommission Mitbestimmung“.

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH  
**GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Dr. Lena Clausen, Sebastian Henneke  
**Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma  
**Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info  
**Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de  
**Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin  
**Abonnements:** Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de  
 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.  
 HINWEIS: Anzeigeninhalte im einblick geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

● SCHLUSSPUNKT

**„Damit hast du für die neue große Koalition Rechtsschutz bei uns.“**

Der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis zum SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel, nachdem Gabriel während des IG BCE-Kongresses am 18. Oktober in die IG BCE eingetreten war.

● TERMINE

- 29./30.10.  
ver.di, JAV- und Personalräteforum 2013 „Neue Arbeitsformen versus gute Arbeit?! – Gute Arbeit im öffentlichen Dienst“, Magdeburg
- 30.10.  
DGB, Tagung „Aufbruch für eine bessere Pflege“, Berlin
- 4.11.  
DGB NRW und Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Nachhaltigkeit in der Lebensmittelindustrie. Umweltschutz und Arbeitsschutz in der Gestaltung von ressourceneffizienten Produktionsprozessen“, Kreuztal
- 6.11.  
DGB Sachsen und Arbeit und Leben, Konferenz: Vernünftige Personalentwicklung – Motivation für die Beschäftigten, Dresden
- 7.11.  
DGB und Bundesarbeitsgemeinschaft für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit (Basi), A+A Tag der Betriebs- und Personalräte, Düsseldorf
- 7./8.11.  
Hans-Böckler-Stiftung und Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachtagung „Repräsentationen der Arbeit. Neue Perspektiven auf die Gewerkschaftsgeschichte IV“, Düsseldorf
- 8.-10.11.  
DGB-Jugend, 19. DGB-Bundesjugendkonferenz, Berlin
- 9.11.  
DGB und Gewerkschaften, Veranstaltungen „9. November – ein deutscher Gedenktag“, bundesweit
- 9.11.  
DGB-Chor Hannover, 3. Chöre-Festival gegen rechts „Aufstehen und Wider setzen“, Hannover



**Rentenversicherung****Pflegetagebuch kann hilfreich sein**

Wer einen Pflegebedürftigen in seiner häuslichen Umgebung nicht erwerbsmäßig pflegt, ist rentenversicherungspflichtig. Die Beiträge zahlt die Pflegeversicherung.

**Der Fall:** Die 62-jährige Frau pflegte ihre mittlerweile verstorbene Schwiegermutter, die Pflegegeld nach Pflegestufe I bezog. Sie beantragte die Prüfung ihrer Rentenversicherungspflicht und die Zahlung von Versicherungsbeiträgen durch die Pflegekasse. Die Rentenversicherung lehnte den Antrag ab, da der wöchentliche Pflegeaufwand unter 14 Stunden liege. Die pflegende Frau hingegen berief sich darauf, dass der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) keine individuellen Feststellungen getroffen habe, um den tatsächlichen Pflegeaufwand zu ermitteln. Zum Beleg, dass der Aufwand über 14 Stunden liege, legte sie ein Pflegetagebuch sowie eine Aufstellung über die hauswirtschaftliche Versorgung vor. Ihre Klage hatte Erfolg.

**Das Landessozialgericht:** Die Rentenversicherungspflicht ist gegeben. Nach den Begutachtungsrichtlinien sind der tatsächlich anfallende individuelle Hilfebedarf zu bewerten und der Zeitaufwand in Stunden abzuschätzen. Dennoch hat der MDK keine eigenen Feststellungen zur tatsächlichen Hilfeleistung im Rahmen des medizinisch und pflegerisch Notwendigen getroffen. Stattdessen hat er nicht maßgebliche Pauschalen herangezogen. Daher sind die Angaben der pflegenden Frau – soweit schlüssig – heranzuziehen. Neben dem unstreitigen Grundpflegebedarf von täglich 51 Minuten sind danach mindestens eine Stunde und 16 Minuten täglich für die Hauswirtschaft nötig gewesen. Damit hat der Pflegebedarf von mehr als 14 Stunden wöchentlich vorgelegen.

**Hessisches Landessozialgericht,  
Urteil vom 26. September 2013 - L 1 KR 72/11**

**Raucherpause****Ohne Versicherungsschutz**

Wer sich auf dem Rückweg von der Raucherpause zum Arbeitsplatz verletzt, steht nicht unter dem Schutz der Unfallversicherung.

**Der Fall:** Die 46-jährige Pflegehelferin ging wegen des im Gebäude geltenden Rauchverbots auf eine Zigarette vor die Tür. Auf dem Rückweg stieß sie in der Eingangshalle mit dem Hausmeister zusammen. Dieser verlor einen Eimer Wasser, die Frau rutschte aus und brach sich den rechten Arm. Die Arbeitnehmerin beehrte die Anerkennung als Arbeitsunfall. Die Klage gegen die anderslautende Entscheidung der Berufsgenossenschaft blieb ohne Erfolg.

**Das Sozialgericht:** Der Weg von und zur Raucherpause ist nicht der unfallversicherungsrechtlich geschützten Tätigkeit zuzurechnen. Es ist die freie Privatentscheidung der Frau gewesen, ob sie zum Rauchen geht oder nicht. Das Rauchen hat keinen sachlichen Bezug zur Berufstätigkeit. Deshalb besteht bei einer Verletzung kein Anspruch auf Heilbehandlung, Verletztengeld oder Rente gegen die gesetzliche Unfallversicherung. Das Rauchen ist insbesondere nicht mit der Nutzungsaufnahme vergleichbar. Essen und Trinken sind notwendig, um die Arbeitskraft aufrechtzuerhalten. Beim Rauchen handelt es sich hingegen um den Konsum eines Genussmittels und damit um eine Handlung aus dem persönlichen, nicht dem beruflichen Lebensbereich. Deshalb ist zwar der Weg zur Kantine versichert, nicht aber der Weg zur Raucherpause.

**Sozialgericht Berlin,  
Urteil vom 23. Januar 2013 - S 68 U 577/12**

**Kündigungsschutzprozess****Arbeitsloser muss verfügbar sein**

Auch während der Dauer eines Kündigungsschutzverfahrens muss ein Arbeitsloser den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen, um einen Anspruch auf Arbeitslosengeld zu erhalten.

**Sozialgericht Stuttgart,  
Urteil vom 15. Februar 2013 - S 5 AL 4769/12**

**Bekennnisschule****Religionsunterricht ist Pflicht**

Eine katholische Schule darf einen muslimischen Schulanfänger ablehnen, wenn seine Eltern die Teilnahme am katholischen Religionsunterricht und an Schulgottesdiensten verweigern. Der Schulleiter einer Bekenntnisgrundschule darf die Aufnahme eines bekenntnisfremden Schülers von einer ausdrücklichen Einverständniserklärung der Eltern mit der Teilnahme am Religionsunterricht und an den Schulgottesdiensten dieses Bekenntnisses abhängig machen.

**Oberverwaltungsgericht NRW,  
Beschluss vom 4. September 2013 - 19 B 1042/13**

**Opferentschädigungsgesetz****Doping kann tätlicher Angriff sein**

Die Verabreichung von Dopingmitteln durch den Trainer einer DDR-Kinder- und Jugendsportschule an eine damals 16 Jahre alte Sportlerin stellt einen vorsätzlichen, rechtswidrigen tätlichen Angriff dar. Es ist – jedenfalls im konkreten Einzelfall – davon auszugehen, dass keine Einwilligung in das Doping vorgelegen hat. Wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen ist der Sportlerin eine Rente nach dem Opferentschädigungsgesetz zu gewähren.

**Sozialgericht Berlin,  
Urteil vom 27. September 2013 - S 181 VG 167/07**

**HIV-Infektion****Kündigung verletzt Menschenrechte**

Wird einem Arbeitnehmer mit der Begründung gekündigt, er sei HIV-infiziert, so verstößt diese Kündigung gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. Das gilt auch, wenn ein Teil der Belegschaft aus Angst vor Ansteckung die Kündigung verlangt hat. Der gekündigte Arbeitnehmer hat Anspruch auf eine Entschädigung.

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte,  
Urteil vom 3. Oktober 2013 - 552/10**

**Gesetzliche Unfallversicherung****Verfolgung eines Diebes ist geschützt**

Wer sich bei der Verfolgung eines Taschendiebs verletzt, steht grundsätzlich unter dem Schutz der Gesetzlichen Unfallversicherung. Dies gilt auch, wenn sich das Geschehen im Ausland abspielt, zum Beispiel im Spanienurlaub. Kein versicherter „Arbeitsunfall“ im Sinne des Gesetzes liegt allerdings vor, wenn es dem Verfolger nicht in erster Linie um die Festnahme des Straftäters, sondern um die Wiedererlangung des Diebesguts geht.

**Sozialgericht Berlin,  
Urteil vom 12. März 2013 - S 163 U 279/10**